

Berliner Tageblatt

XI. Jahrg. Nr. 50

13. Dezember 1922

erschiet jeden Mittwoch. Bezugspreis für das Ausland bis auf weiteres 400 Mark monatlich unter Kreuzband postfrei ab Verlag der „Wochen-Ausgabe des Berliner Tageblatts“, Berlin SW 19. In Deutschland und Österreich und Ungarn auch durch die Postanstalten zum gewöhnlichen Preise lieferbar. Druck und Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegramm-Adresse: „Berlittwoch“, Berlin. — Rudolf Mosse-Codex.

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Zellenpreis 190 M für die 22mm breite Nonparelletze! **Haldor Møller** Normalzeilenmesser 4, Rubrik Deutsche Waren 10 M für die 17 mm breite Zeile. **Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expeditio** Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Joraniener Str. 46-49, I. Stock, Schweinitzstr. 21, Dresden, Altmair 18, Jüselhof, Schadowstr. 30-32, Frankfurt a. M., Zeil 123, Hamburg, Jungfernstieg 112, Halle a. S., Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grimmaische Str. 27, Magdeburg, Breite Weg 12, Mannheim, Planken 0 & 6, München, Theatinerstr. 8, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Stutzgasse, Königsstr. 31 B, Wien K. Solferadistr. 7, Warschau, Hassl, Zürich.

Die Londoner Konferenz.

Von (Nachdruck verboten.)

John Maynard Keynes.

Professor J. M. Keynes sandte uns, in Ergänzung der folgenden Artikel, aus London ein vom 8. Dezember datiertes Telegramm, in dem er sagt, auf Grund der neuesten Nachrichten habe er starke Hoffnung, dass er im Punkt 6 seines Artikels die Lage Deutschlands falsch beurteilt habe.

Zu Punkt 2 möchte ich bemerken, dass auch Aussagen aus amerikanischen und englischen Finanzkreisen vorliegen, die mit den hier ausgesprochenen Ansichten Keynes' nicht übereinstimmen. Die Redaktion.

Wir nähern uns einem kritischen Stadium einer Frage, die sich jetzt so lanze hingeschleppt hat, dass die Welt möglicherweise aus reinem Ueberdruß ihren Ernst unterschätzt. Bisher hat jede Konferenz, die sich mit Unwirklichkeiten beschäftigte, mit einer papiernen Lösung gependelt, die dem doppelten Zwecke diente, das Gesicht zu wahren und einen allmählichen Fortschritt von der Phantasie zu der Wahrheit hin zu erzielen. Inzwischen ist das wirtschaftliche Leben Deutschlands in deutlich fühlbarer, aber nicht so plötzlicher Elapsson zusammengebrochen, dass die äusserste Krisis herbeigeführt wäre.

Daraus, dass der Weg zum Abgrunde langsam zurückgelegt wird, ist nicht zu folgern, dass kein Abgrundsrand droht. Es ist jetzt nicht mehr leicht, eine Entscheidung zu vermeiden, die plötzliche Folgen nach der einen oder anderen Richtung nach sich zieht. Wir müssen daher die vorhandene Aussicht mit klarem Auge betrachten und ihre Möglichkeiten vorher erwägen. Das Nachfolgende sind ihre Umrisse:

1. Kein Urteilsfähiger bestreitet, dass Deutschland in naher Zukunft keine Reparationen bezahlen kann und dass eine Vertagung seiner Verbindlichkeiten, sicher für zwei Jahre und vielleicht für vier Jahre, nicht zu vermeiden ist. Jeder gegenwärtige Vorschlag ist daher nicht gutgläubig gemacht; das heisst, er geht darauf aus, nicht Zahlung herbeizuführen, sondern entweder Deutschlands wirtschaftliches Leben zu zerstören oder irgendein nichtgütliches Zugeständnis von ihm zu erpressen.

2. Es besteht keine so vollständige Einmütigkeit darüber, ob Deutschland seine Gläubiger aus dem Erlös einer internationalen Anleihe befriedigen kann. Meiner Meinung nach ist die „grosse Anleihe“ ein ebenso grosser Unsinn wie die „grosse Entschädigung“. Ich glaube, dass die führenden Bankiers von London und New York diesen Ansicht sind, daher ist eine auf Deutschlands Kredit beruhende Anleihe, um Frankreich zu bezahlen, in London unmöglich; die Kapitalisten werden sie nicht zeichnen, und wenn sie es wollten, würden die City-Behörden, in der Meinung, dass wir keinen über unsere Verpflichtungen hinausgehenden Uebererschuss an Mitteln haben, es ihnen nicht gestatten. Amerikanische Bankiers sagen, es sei in New York ebenso unmöglich. Keine internationale Anleihe, die wirkliche Kapitalanlage erfordert und nicht lediglich die Ersetzung eines Papiers durch ein anderes bedeutet, liegt innerhalb praktischer Politik; angenommen davon vielleicht eine kleine Summe zum Zwecke der Stabilisierung der Mark, nach der die Reparationsfrage in verständlicher Weise geregelt ist.

3. Die Männer des öffentlichen Lebens in Frankreich sind jetzt von der Wahrheit meines ersten Satzes nahezu überzeugt. Mehr Illusion besteht über die Anleihe. Aber Frankreich bezingt zu bezweifeln, dass auch in dieser kein Geld liegt. Gerade in dieser Desillusionierung liegt die grösste Gefahr. Je vollständiger wir Frankreich überzeugen, dass es keine Aussicht hat, unmittelbare Hilfeleistung zur Erleichterung seiner Finanzschwierigkeiten zu erlangen, sei es aus Deutschland selbst oder aus einer englischen oder amerikanischen Anleihe heraus, um so mehr ist es geneigt, Kompensationsmassnahmen anzunehmen, und um so weniger Anreiz empfindet es, seine Aktionen innerhalb der Grenzen zu halten, die die öffentliche Meinung in England und Amerika billigen würde. Bisher verlor Frankreich sowohl die Politik, Deutschland schwach zu halten, als auch die Reichthümer aus ihm zu ziehen. Seitdem die zweite Politik nicht mehr fruchtbringend ist, hat er der Gründe, die erstere nicht zu weit zu treiben, in hohen Masse an Kraft verloren.

4. Es ist daher möglich, dass es jetzt das vorsätzliche Ziel der französischen Regierung ist, das zu betreiben, was zugestandenmassen Frankreichs Politik während der Friedenskonferenz war, nämlich seine Grenzen nach dem Rhein auszuzeichnen, indem die gegenwärtige Besetzung vielleicht nicht dem Namen, aber der Wirkung nach in Annexion verwandelt wird. Frankreich wird möglicherweise auch einen Vormarsch ins Ruhrgebiet androhen. Aber wenn ein solches Vorgehen vielleicht auch interessante Möglichkeiten für seine Industrielassen eröffnet wärt, ist doch der Hinweis auf diesen Vormarsch wahrscheinlich Bluff. Im Gegensatz zu Massnahmen in den Rheinlanden ist ein solcher Vormarsch eine rein militärische Operation. Im Gegensatz zur Rheinbesetzung ist die Besetzung des Ruhrbezirks kein Teil ständiger französischer Politik. Sie würde eine blosser Demonstration und deshalb wahrscheinlich ein Fehler sein. Ausserdem würde die Durchsetzung ganz Europa dem Chaos überziehen und schnell zu einer unmöglichen Lage führen, während gewisse politische Veränderungen in der gegenwärtigen Besetzung der Rheinlande durchgeföhrt werden könnten, das vorläufige und äusserlich eine katastrophale Veränderung der jetzigen Zustände vermeiden würde. Daher dürften die kühleren Köpfe in Frankreich von dem Ruhrmarsch nichts wissen wollen, während sie in der Rheinpolitik einen gewissen Zusammenhang sehen. In dem einen oder anderen Falle fehlt.

5. Nichtsdestoweniger wird, wenn Frankreich die Rheinprovinzen dieses Vorgehen für Frankreich selbst, für Europa und die künftigen Friedensaussichten so unheilvoll sein, dass die ganze Welt auch Amerika eingeschlossen, alles, was in ihrer Macht steht, tun sollte, um durch Widerspruch und Verlockung Frankreich davon abzu-

bringen, dass es in Europa eine Lage schafft, die zum mindesten so schlimm ist wie je eine in früheren Tagen. Das Rheinland hat eine Bevölkerung von 8.500.000 Deutschen. Kein Teil Deutschlands ist in allen seinen Ueberlieferungen deutscher. Frankreich hat eine Bevölkerung von 40 Millionen. Welch eine Tollheit anzunehmen, dass Frankreich seine Sicherheit vermehre, indem es diese fremden Lande in sein Verwaltungssystem einschliesst!

6. Diese Vermutungen sind keine Gewissheiten, aber wir müssen auf die Möglichkeiten, die sie ins Auge fassen, vorbereitet sein. Was sollen wir tun? Es würde eine grosse Hilfe gewesen sein, wenn Deutschland ein so klares und ehrenhaftes Angebot hätte machen können, dass die öffentliche Meinung es als eine nicht abzuweisende Grundlage der Erörterung hätte annehmen können. Aber es ist von Deutschland in seinem gegenwärtigen Zustand der Demoralisation und inneren Schwäche nichts zu hoffen. Wenn es sich selbst überlassen bleibt, wird es auch weiter zweifelhaft Angebote machen, irgendwas unter Drohungen unterzeichnen und nichts tun, um sich vor stetigem Hinabgleiten ins Chaos zu retten. Von ihm wird kein Plan kommen. Er muss von uns kommen.

7. Ist nicht die Zeit gekommen, dass die englische Regierung eine aufbauende Politik nach Grundlinien aufstelle, die sie selbst ihres Wertes wegen empfiehlt und für recht und vernünftig hält? Diese Politik muss Deutschland

aufzustellen, die nicht von uns allein abhängt. Aber wenn die Frage aus der wirtschaftlichen in die politische Sphäre geloben wird, können wir dann darauf rechnen, dass das amerikanische Volk mit seiner ganzen Autorität auf der Seite des Friedens eintreten wird? [Copyright by the „New York World“ in North and South America.]

Offener Brief an Clemenceau

anlässlich seiner Propagandareise nach den Vereinigten Staaten.

Von (Nachdruck verboten.)

Francesco Nitti,

ehemaliger italienischer Ministerpräsident.

Willkommen in Amerika, lieber Präsident! Sie sind immer noch munter und voll Willenskraft, und ich bewundere Ihre schöne Ausdauer. Ich denke auch nicht ohne Bewunderung der Rede, die Sie bei der Pariser Konferenz hielten. Als Sie sich von Lloyd George und mir, den Premiers von Grossbritannien und Italien, verabschiedeten. Es war, wenn ich mich recht entsinne, am Abend des 20. Januar 1920. Sie hatten Ihre Demission als Ministerpräsident gegeben und waren Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Aber auf einmal, als allen Ihre Wahl sicher schien, und sogar die Gegner nicht daran zweifeln, war durch eine in letzter Stunde zustandgekommene Koalition P. Deschanel gewählt worden. Millerand ward Ministerpräsident, aber Sie wollten die Konferenz nicht verlassen und fuhren fort, nach allgemeinem Wunsch zusammen mit Millerand das Präsidium zu führen. Am Abend des 20. Januar mussten Lloyd George und ich abreisen: es galt also die Arbeiten zu beschleunigen und zum Schlusse zu kommen. Ich erinnere mich der tiefbewegten, schönen Worte, die Sie beim Abschied von uns sprachen; es lag in ihnen so viel Trauer und Edelmütigkeit, dass ich sie noch im Ohr und Herzen habe. Nicht zum Präsidenten der Republik gewählt und vom Amte des Ministerpräsidenten zurückgetreten, am Tage, nachdem Frankreich durch ein Gesetz Ihre Verdienste um das Vaterland geehrt, so sprachen Sie zu uns am Schlusse der Konferenz von dem vollbrachten Werke und noch mehr von dem, was noch zu vollbringen war, und Sie erinnerten uns an das Gewaltige des gemeinsamen Sieges.

Heute, lieber Präsident, sind Lloyd George, Sie und ich fern von der Regierung, und Sie geben uns ein gutes Beispiel. Sie haben begriffen, dass die Geschichte Europas hauptsächlich in Amerika entschieden werden, und in jugendlichem Enthusiasmus und in Ihres Landes Interesse gehen Sie nach Amerika, um dort zu reden. Hätte ich Ihre Autorität und Ihre volkkommene Kenntnis der englischen Sprache, so täte ich vielleicht dasselbe, zu einer Zeit, da in meinem Vaterland Kräfte vorwiegen, die eine andere Richtschnur als ich verfolgen.

Sie waren, lieber Präsident, seinerzeit ein Freund Italiens. Oft habe ich mir ins Gedächtnis zurückgerufen, dass Sie der einzige Abgeordnete waren, der der französischen Parlamente gegen die Besetzung von Tunis protestierte. Ich war immer ein überzeugter Freund des demokratischen Frankreich und schroffer Gegner des deutschen Imperialismus. Wenn ich heute häufig mit den Ideen der französischen Politik im Widerspruch stehe, so geschieht das, weil sie das Programm von Demokratie aufgegeben hat, das ihr traditioneller Ruhm, ihre grösste Stärke war, und im falschen Jahre 1914 ihr die Hilfe aller Demokratien der Welt vermittelte.

Wenn Sie heute zu den Amerikanern sprechen, lieber Präsident, so werden Sie vermuthlich alles von kaiserlichen Deutschland bezagene Unrecht aufzählen. Sein kriegerischer und feudaler Geist und die gemeine und grobe Brutalität Wilhelms II. halten nicht geringe Mitschuld am Entschlusse des Krieges. Wenn auch, wie Lloyd George sagte und die Prüfung der Thaten beweisen, nicht alle Schuld auf seinen Deutschlands ist, wäre es unbillig, die Verantwortung des deutschen Volkes zu bestreiten. Sie werden mit Recht an die Verwaltung Belgiens und die Verheerung der französischen Gebiete erinnern: es sind Dinge, für die es keine Entschuldigung gibt. Sie werden fernwahrscheinlich an die ebenso furchtbaren wie fürchten Proklamationen Wilhelms II. erinnern, und so streng ihr Urteil auch lauten wird, ich werde es niemals zu scharf finden.

Aber wenn die Amerikaner, die zugleich ein idealistisches und ein praktisches Volk sind, von Ihnen die Bilanz des Krieges gehört haben, werden Sie auch die Bilanz des Friedens wissen wollen; denn es ist sehr zweifelhaft, dass der Krieg ebenso viele Wunden geschlagen wie der Friede. Sie selbst haben der französischen Kammer gesagt, dass die Friedensverträge ein Mittel seien, den Krieg fortzusetzen. Ihr Gedanke entspricht der Wirklichkeit; denn die Friedensverträge haben keine andere Wirkung gehabt, als Europa in einen Kriegszustand zu erhalten, der täglich die Quellen des Lebens mehr vergiftet.

Auch Italien 1915 und Amerika 1917 waren in den Krieg getreten, in der Absicht, zum Frieden zu gelangen. Es hiess damals, dass der Krieg in eine Gesellschaft freier und fortschrittlicher Nationen ausklingen sollte; es sollte dies der letzte grosse Krieg sein, und die gekümmerten Völker würden sich ummehr eines ewigen Friedens erfreuen. Das haben wir selbst denn versprochen, die für unsere Sicherheit und unseren Ruhm in den verbündeten Völkern die Prinzipien der Einigkeit dargelegt. Ein Jahr später, am 8. Januar 1918, hatte der Präsident Wilson die Grundsätze des Friedens in vierzehn Punkten formuliert. Es waren die Bedingungen für Americas furchtbares Eingreifen. Zwischen Siegen und Besiegten sollte Gleichheit herrschen; klare Friedensverträge, Entfernung aller Zollschranken, allgemeine Regelung der Kolonialrechte, Freiheit der Meere, gegenseitige Garantien für die Herabsetzung der Rüstungen auf das von der inneren Sicherheit erlaubte Minimum, Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich, Wiederherstellung Belgiens usw.



Die malerische deutsche Winterlandschaft.

Adventstimmung im oberbayerischen Bergland. R. Semmel.

einem vorläufigen Zeitraum der Erleichterung verschaffen; sie muss ihm Bedingungen in bezug auf die Schritte auferlegen, die es ergreifen muss, um während dieses Zeitraumes seine Anzegehellen in Ordnung zu bringen, und sie muss regeln, was Deutschland am Ende dieses Zeitraumes zu bezahlen hat. Aber sie muss Vorschläge von äusserster Generosität gegenüber Frankreich enthalten, sowohl was dessen Prioritätsrecht als seinen Reparationsanteil und seine Schuldverpflichtung unter zueinander betrifft. Wir dürfen nichts von unseren Rechten ausser gegen den Gewinn einer Lösung opfern. Aber es gibt fast kein Opfer, das wir nicht machen sollten, um eine gute Bezahlung zu erreichen. Unser Angebot muss wirkliche Zugeständnisse enthalten und darf nicht von dem Vorgehen der Vereinigten Staaten abhängig gemacht werden.

8. Durch ein solches Angebot werden wir unsere Lage und unsere Politik klarstellen haben. Zu seiner Unterstützung müssen wir alle verständigen und gemässigten Einflüsse aufbieten. Indem wir dies Angebot vorbringen, müssen wir klarmachen, dass wir die Alternative der Gewalt nicht dulden wollen. Wenn ein Abgehen von dem Wege des Friedens stattfinden soll, dürfen wir keinen Zweifel lassen, dass wir uns nicht in einem passiven Protest begnügen werden, sondern die führenden Regierungen der Welt zu einer gemeinsamen Beratung auffordern wollen. Die Alternative der Gewalt darf nicht infolge Mangels an Mut und Einigkeit unter den Freunden des Friedens zugelassen werden. Da dieser Aufsatz sowohl für das amerikanische als das englische und das übrige europäische Publikum geschrieben ist, möchte ich gern die Frage stellen: ob wir uns in diesem Falle auf wirksame Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten verlassen können. Bei unserem finanziellen und wirtschaftlichen Vorschläge an Frankreich würden wir gut tun, keine Bedingung

Entschuldigung gibt. Sie werden fernwahrscheinlich an die ebenso furchtbaren wie fürchten Proklamationen Wilhelms II. erinnern, und so streng ihr Urteil auch lauten wird, ich werde es niemals zu scharf finden.